

Die Chaos-Initiative – ein Grossrisiko für die Region Basel



Zu hohe Mieten, belastende Krankenkassenprämien, Stau, Umweltbelastung ... Auf all diese Probleme soll die Chaos-Initiative («Keine 10-Millionen-Schweiz») die Antwort sein. Doch das ist trügerisch. Denn all diese Herausforderungen haben wir nicht wegen der Zuwanderung, sondern aufgrund innenpolitischer Fehlentscheidungen der rechten Mehrheiten. Da ist es an den politischen Verantwortungsträger:innen, die Hausaufgaben zu machen.

Als Grenzregion leben wir seit Jahrzehnten von der engen Zusammenarbeit mit Frankreich und Deutschland, mit Europa. Jeden Tag pendeln tausende Menschen über die Grenze, um in Spitälern, in Pflegeeinrichtungen, in der Pharmaindustrie, in der Medtech-Branche, in Forschungslaboren oder im Service zu arbeiten. Jahr für Jahr kommen Menschen in unsere Region und bereichern die Gesellschaft und die Wirtschaft. Diese internationale Verflechtung ist kein Nebenaspekt, sondern sie ist ein tragendes Fundament unserer Region.

Angriff auf den Service public

Mit einem fixen Bevölkerungsdeckel und der absehbaren Kündigung der Personenfreizügigkeit werden diese Zusammenarbeit und dieses Zusammenleben fundamental infrage



Miriam Locher, Nationalrätin SP Baselland



Sarah Wyss, Nationalrätin SP Basel-Stadt

gestellt. Die Folgen wären schnell spürbar: mehr Personalmangel in Spitälern und Pflege, längere Wartezeiten im Gesundheitswesen, kulturelle Verarmung und Druck auf Unternehmen. Für das Funktionieren unseres Staatswesens ist der Deckel Gift. Ob öffentlicher Verkehr oder Gesundheitswesen: Vieles würde zum Erliegen kommen mit fatalen Folgen für den Service public und damit die Lebensqualität der Bevölkerung.

Offenheit statt Abschottung

Auch für die Wirtschaft in der Region Basel wären die Folgen gravierend. Die stark international vernetzten Branchen, insbesondere Pharma, Chemie, Life Sciences und Forschung, sind auf offene Arbeitsmärkte angewiesen. Ein Angriff auf die Personenfreizügigkeit ist damit

immer auch ein Risiko für Arbeitsplätze, Innovation und Investitionen.

Fragen rund um Wachstum und Zuwanderung können und müssen diskutiert werden. Aber diese Initiative löst keines der Probleme, welche die SVP derzeit nennt: Für bezahlbaren Wohnraum brauchen wir mehr genossenschaftlichen Wohnungsbau und die Einhaltung des Mietrechts; wir brauchen einkommensabhängige Krankenkassenprämien und wir müssen aufhören, Sparprogramme auf dem Buckel der Infrastruktur zu machen, und stattdessen die klimafreundliche Mobilität fördern. So lösen wir die existierenden Probleme wirklich.

Politische Massnahmen sollten den Menschen dienen und nicht abstrakten Obergrenzen. Sie sollten Sicherheit geben, Versorgung gewährleisten und Perspektiven schaffen. Diese Initiative tut das Gegenteil. Sie löst keine Probleme, sondern schafft neue – und das auf dem Rücken der Bevölkerung.

Neues Steuergeschenk an die Immobilienkonzerne knapp versenkt!

In der letzten März-Sitzung hat der Grosse Rat Basel-Stadt die Halbierung der Handänderungssteuer denkbar knapp mit 48 zu 47 Stimmen abgelehnt. Damit konnten wir ein millionenschweres jährliches Steuergeschenk an Immobilienunternehmen und privilegierte Verkäufer:innen im letzten Moment erfolgreich stoppen.



Ivo Balmer,
Grossrat SP BS

Nach der Erstüberweisung der Motion von Mitte-Grossrat Bruno Lötcher Ende 2025 kam es in der März-Session zum Showdown. Dabei ging es nicht um irgendeine technische Steuerfrage, sondern schlichtweg um die Verhinderung einer unnötigen und schädlichen Privilegierung von leistungslosen Immobiliengewinnen. Die Motion forderte nämlich eine pauschale Halbierung der Handänderungssteuer für alle Immobilientransaktionen. Begründet wurde das Vorhaben mit der Entlastung für angehende Wohneigentümer:innen. Tatsächlich hätte die Senkung der Handänderungssteuer aber das pure Gegenteil bewirkt und kein einziges der bestehenden Probleme auf dem sogenannten Immobilienmarkt gelöst. Profitiert

hätten Immobilienunternehmen, aber sicher nicht selbstnutzende neue private Eigentümer:innen in unserer Stadt.

Falsches Heilmittel

Schon der Regierungsrat legte in seiner Stellungnahme klar dar, dass die absurd hohen Immobilienpreise in Basel sicher nicht durch Steuern bestimmt werden. Viel eher ist der sogenannte «Immobilienmarkt» ein archetypischer Anbietermarkt und wird daher durch die maximale Zahlungsfähigkeit der Käufer:innen bestimmt. Eine Senkung der Handänderungssteuer hätte deshalb nicht zu günstigeren Immobilienpreisen geführt, sondern einfach die Verkaufsgewinne um die abgesenkten Beträge erhöht: eine völlig unnötige Entlastung der Verkäuferseite, also genau von jenen, die eh schon massiv und leistungslos von den gestiegenen Immobilienpreisen profitieren.

Begründet sind diese Wertsteigerungen nämlich primär durch öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, die Attraktivität des Standorts und die Endlichkeit des Bodens in unserem Kanton. Dass ein Teil dieser leistungslosen Wertsteigerung im Moment eines Verkaufs über die Handänderungssteuer an

die Allgemeinheit zurückfliesst, ist deshalb nicht nur legitim, sondern Steuergerechtigkeit in Reinform.

Umverteilung von unten nach oben

Rund 60 Prozent der Einnahmen aus der Handänderungssteuer stammen von juristischen Personen. Das zeigt: Profitiert hätten primär Immobilienkonzerne und grosse Eigentümer. Die breite Bevölkerung wäre leer ausgegangen. Noch schlimmer: Die Vorlage hätte ein Loch von rund 24 Millionen Franken jährlich in die Staatskasse gerissen. Das ist Geld, das heute in Schulen, Verkehr und Infrastruktur fliesst – also genau in jene öffentlichen Leistungen, die auch die Attraktivität Basels sichern. Dass diese Vorlage in der Erstüberweisung eine Mehrheit finden konnte und am Ende nur äusserst knapp versenkt wurde, zeigt, wie stark der Druck der Bürgerlichen ist. Ihr Ziel ist klar: öffentliche Einnahmen zugunsten von Kapitalinteressen umzuverteilen.

SP kämpft für das soziale Basel

Umso wichtiger ist es, dass es politische Kräfte gibt, die sich diesen Versuchen konsequent entgegenstellen, bis zuletzt um knappe Mehrheiten ringen und um jede einzelne Stimme kämpfen. Dafür stehen wir als SP-Grossratsfraktion. Die Wohnkrise lösen wir mit mehr Landkäufen, gemeinnützigem Wohnungsbau und einem funktionierenden Wohnschutz, aber sicher nicht mit einem Steuergeschenk. Basel braucht eine starke SP, damit die Träume der Immobilien-Lobby auch in Zukunft keine Chancen haben.

Sozialdemokratische Erwartungen an den Kulturwandel bei der Polizei

Die Kantonspolizei Basel-Stadt hat tiefgreifende Probleme, die gelöst werden müssen. Die SP Basel-Stadt wird diese Problemlösung mit gezielten Vorstössen begleiten.



Barbara Heer,
Grossrätin SP Basel-Stadt,
Mitglied JSSK

Für die SP Basel-Stadt ist Sicherheit mehr als Polizeipräsenz und Strafverfolgung. Wir stehen für ein umfassendes Sicherheitsverständnis: Soziale Sicherheit, der Abbau struktureller Gewalt und der Schutz der persönlichen Integrität gehören ebenso dazu. Dafür braucht es unter anderem das staatliche Gewaltmonopol: Es soll Menschen vor willkürlicher Gewalt schützen und ein geordnetes Zusammenleben gewährleisten. Gleichzeitig ist es an strenge Bedingungen geknüpft: Staatliches Handeln muss verhältnismässig sein, rechtsstaatlichen Prinzipien folgen und die

Grund- und Menschenrechte jederzeit achten. Transparenz, demokratische Kontrolle und – wo nötig – gerichtliche Überprüfung sind unverzichtbar.

Problemlagen vertieft analysiert

Seit 2021 verzeichnet die Basler Polizei eine Kündigungswelle, insbesondere viele Frauen haben den Dienst verlassen. Die Ursachen sind vielfältig: struktureller Sexismus und Rassismus, hohe Belastung mit kaum realisierbarer Work-Life-Balance sowie tiefe Einstiegsgehälter. Nach der Publikation des Berichts Schefer im Juni 2024 forderte die SP-Fraktion eine Parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) zur Aufarbeitung der Missstände, scheiterte jedoch an den Mehrheitsverhältnissen. Die Geschäftsprüfungskommission (GPK) unter der Leitung von SP-Grossrat Tim Cuénod hat dennoch einen fundierten Bericht vorgelegt, der die Problemlagen vertieft analysiert und Empfehlungen formuliert. In der Parlamentsdebatte

vom März 2026 hat die SP-Fraktion diesen kritisch gewürdigt und insbesondere die Verantwortung der Führungsebenen betont, die Übergriffe in Organisationseinheiten nicht adäquat verhinderten.

Das Vertrauen hat gelitten

Seit 2024 läuft eine umfassende Reorganisation der Polizei, über die die Polizei im erstmals publizierten Geschäftsbericht 2025 berichtet. Es ist wichtig, anzuerkennen, dass die laufende Transformation wichtige organisatorische und kulturelle Probleme angeht. Aber die Ausgangslage ist schwierig: Sowohl das Vertrauen der Mitarbeitenden als auch jenes der Bevölkerung hat gelitten. Die Kundebefragung 2024 zeigt, dass insbesondere Frauen und junge Menschen der Polizei kritischer gegenüberstehen als andere Gruppen. Den notwendigen Kulturwandel will die SP-Fraktion deswegen mit gezielten Vorstössen begleiten und stärken.

Vereinbarkeit als Schlüssel

Die Polizeileitung hat sich die Erhöhung des Frauenanteils als Ziel für die Zukunft gesetzt. Ein echter Kulturwandel hin zu einer

► Fortsetzung auf Seite 12



► Fortsetzung von Seite 11

frauenfreundlichen Polizei braucht Zeit und eine langfristige Strategie. Viele gut ausgebildete Polizistinnen verlassen den Beruf, wenn sich berufliche Anforderungen und Betreuungspflichten nicht vereinbaren lassen. Flexible Arbeitsmodelle, echte Teilzeitmöglichkeiten – auch in Kaderfunktionen – sowie gezielte Fördermassnahmen sind deshalb zentral. Die SP-Fraktion will mit einem Vorstoss sicherstellen, dass eine klare Strategie zur Erhöhung des Frauenanteils und zur besseren Vereinbarkeit erarbeitet wird.

Interne Kultur der Sicherheit

Neue Führungswerte, eine Nulltoleranzhaltung und eine gelebte Lernkultur sind in der Reorganisation der Polizei als zentrale Themen erkannt. Auch die für 2026 angekündigte Erarbeitung eines Verhaltenskodex gemeinsam mit den Mitarbeitenden ist zu begrüssen. Angesichts des angeschlagenen Rufs im Bereich Rassismus und Sexismus ist es aber entscheidend, dass ein Gesamtkonzept zum Schutz der persönlichen Integrität vorhanden ist und transparent kommuniziert wird. Es braucht Schulungen für alle Führungskräfte und Mitarbeitende, vertrauenswürdige Meldewege und gemeinsame Reflexion im Team. Auch hierzu fordert die SP-Fraktion eine Verstärkung der geplanten Massnahmen mit einem Vorstoss.

Echtes Monitoring zum Vertrauensaufbau

Um den Kulturwandel nachvollziehbar zu machen, braucht es verlässliche Daten. Bis heute fehlt eine wissenschaftlich fundierte Analyse zur Verbreitung von Diskriminierung, Mobbing und Machtmissbrauch innerhalb der Basler Kantonspolizei. Die SP-Fraktion fordert deshalb eine methodisch saubere Erhebung und ein regelmässiges Monitoring. Nur so lassen sich Entwicklungen messen, Massnahmen überprüfen und den Mitarbeitenden und der Öffentlichkeit aufzeigen, dass der Kulturwandel nicht nur auf dem Papier, sondern auch im Alltag und in den Köpfen stattfindet und Wirkung hat.

1. Mai 2026

Hinter den Kulissen



Sarah Brefin

Der 1. Mai ist der Feiertag der Sozialdemokratie. Er ist jedoch auch ein Event, das organisiert sein will und von viel freiwilligem Engagement lebt. Team Sekretariat SP BS: Anna, Sven, Marco

Die Planung des 1. Mai startet im Sekretariat der SP Basel-Stadt jeweils schon weit im Vorfeld. Die Organisation ist dabei zweigeteilt: Die übergeordnete Verantwortung über den gesamten Anlass liegt beim Gewerkschaftsbund beider Basel (GGB), während wir als SP unsere drei Hauptaktivitäten am Anlass selbst planen: Demoblock, Bar und Infostand. Beide Planungen müssen jeweils gut aufeinander abgestimmt werden, was alljährlich eine Herausforderung ist.

Nichts geht ohne Helfer:innen

Als SP leben wir von unseren Mitgliedern, von denen viele am 1. Mai freiwillig einen Arbeitseinsatz leisten. Dieses Engagement ist nicht selbstverständlich, und es ist uns deshalb besonders wichtig, alle Helfer:innen frühzeitig und umfassend zu informieren, damit alle den Anlass gut in ihre individuelle Planung integrieren können. Wir sind stolz und dankbar, dass sich auch 2026 wieder rund 60 Mitglieder am 1. Mai für die SP engagiert haben. Ohne euch geht es nicht!

7.30 Uhr Sekretariat

Der 1. Mai 2026 startete nach der Anreise durch eine menschenleere Stadt um 7.30 Uhr im Sekretariat, von wo alles am Tag benötigte Material an den Barfüsserplatz und den Messeplatz transportiert wurde. Auf dem

Barfüsserplatz wurde kräftig aufgebaut: Zelte, Tische, Bänke, Stände. Am Messeplatz wurden die Demo-Teilnehmer:innen in Empfang genommen und mit Bändeli und Fahnen versorgt. Als der friedliche Demozug schliesslich zur Mittagszeit am Barfi ankam, war alles bereit für das Fest.

Dass die SP nicht nur politische Probleme lösen, sondern stets auch den Durst der Festbesucher:innen erfolgreich bekämpfen kann, wurde hier wieder eindrücklich zur Schau gestellt. Das warme Frühlingswetter tat das Seinige dazu, dass die letzten Gäste erst kurz vor 18 Uhr mehr oder weniger freiwillig ihre Sitzposition aufgaben. Alles Material fand am Abend noch seinen Weg zurück ins Sekretariat.

Debriefing

Nachdem sich der Muskelkater gelegt hatte, ging es an die Manöverkritik. Wie jedes Jahr gingen wir die einzelnen Elemente des Anlasses durch und identifizierten Stärken und Schwächen unserer Organisation. Ideen, was man besser und/oder anders machen könnte, gibt es viele. Wichtig ist, dass der 1. Mai dynamisch bleibt und mit der Zeit geht. Eines ist klar: Die SP wird auch in Zukunft am Tag der Arbeit präsent sein und sich für die Rechte der Arbeitnehmer:innen engagieren.

Gemeinsam für ein solidarisches Baselbiet

Wir engagieren uns alle in der SP Baselland, weil wir überzeugt sind: Unser Kanton kann mehr – er kann sozialer, gerechter und zukunftsfähiger werden. Tania Cucè, Simone Fluri und Lars Trachsler

Dieses gemeinsame Ziel verbindet und treibt uns an. Als neues Präsidium wollen wir genau daran anknüpfen. Die Menschen im Baselbiet sind vielfältig und stehen vor ganz unterschiedlichen Herausforderungen. Gemeinsam mit euch möchten wir unseren Kanton sozialer gestalten. Für uns ist Politik kein Selbstzweck, sondern ein Mittel, um das Leben der Menschen konkret zu verbessern – was gerade in der heutigen Zeit wichtiger denn je ist.

Viele Menschen im Baselbiet spüren den Druck im Alltag. Die Lebenshaltungskosten steigen, während Löhne oft nicht mithalten. Familien kämpfen mit zu hohen Mieten, steigenden Prämien und Betreuungskosten. Ältere Menschen sorgen sich um ihre finanzielle Sicherheit. Gleichzeitig wird der Ton in der Politik spürbar rauer und Ausgrenzung

nimmt zu. Dem stellen wir uns klar entgegen. Für uns gilt: Gerechtigkeit, Respekt und gelebte Solidarität sind nicht verhandelbar.

Für ein soziales Baselbiet

Wir wollen ein Baselbiet, in dem alle von ihrer Arbeit leben können. Ein Baselbiet, das soziale Sicherheit bietet – ohne Hürden und ohne Stigmatisierung. Und eines, das den Klimaschutz konsequent ernst nimmt und sozial gerecht gestaltet. Gute Politik misst sich am Alltag der Menschen. Sie schafft Sicherheit und Perspektiven für die Bevölkerung.

Wir wissen: Dieser Weg ist anspruchsvoll. Veränderungen brauchen Ausdauer und Überzeugungskraft. Doch wir wissen auch: Mehrheiten sind möglich, wenn wir geschlossen auftreten und klar zeigen, wofür wir stehen. Unser Ziel ist eine selbstbewusste SP

Baselland, die für ihre Werte einsteht und Brücken baut. Eine Partei, die zuhört, aber auch führt – und die nie vergisst, wofür sie da ist: für die Menschen.

Mit Blick auf die Wahlen 2027 haben wir die Chance, ein starkes Zeichen zu setzen für ein solidarisches Baselbiet, in dem es mehr Respekt statt Spaltung gibt und fortschrittliche Politik betrieben wird. Dafür brauchen wir euch alle. Gemeinsam können wir etwas bewegen und für ein Baselbiet eintreten, das niemanden zurücklässt.

Gemeinsam anpacken und gestalten

Wir freuen uns auf eine konstruktive und lösungsorientierte Zusammenarbeit, in der wir alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen. Als Führungsteam ist es unser Anspruch, die Interessen der Gemeinschaft ins Zentrum zu stellen, ihre Anliegen ernst zu nehmen und vorausschauend danach zu handeln. Der Austausch und die gemeinsamen Aktivitäten mit euch sind uns dabei besonders wichtig. Jede:r kann einen Beitrag leisten. Packen wir es an!



Yasmine Perrinjoquet

Lars Trachsler, Tania Cucè und Simone Fluri bilden das neue Präsidium der SP Baselland.

Zweistandortlösung für das KSBL

Das Kantonsspital Baselland (KSBL) bildet als Zentrumsspital der erweiterten Grundversorgung das Rückgrat der Baselbieter Gesundheitsversorgung. Die SP Baselland begrüsst, dass sich das politische Baselbiet im Rahmen der bisher geführten Diskussionen klar zum KSBL bekennt. In der noch laufenden Strategieüberprüfung fehlt jetzt noch der definitive Entscheid in der Standortfrage, das Bekenntnis zu den beiden Betriebsstandorten Liestal und Bruderholz.

Diese Standortfrage wird spitalintern, aber auch auf der politischen Bühne schon seit Jahren diskutiert. Unzählige Berichte zur Strategie, zur Versorgungsplanung und zu den Spitalstandorten wurden vorgelegt. Viele Projekte wurden in dieser Zeit geplant, aber nie realisiert. Externe Experten und Sachverständige wurden beigezogen. Nun hat der Regierungsrat auf der Basis von Fakten und Zahlen (endlich) seinen Entscheid gefällt und klar begründet,



Urs Roth, Gesundheitsökonom, Landrat, SP Bezirk Waldenburg

weshalb er die Zweistandortlösung für das KSBL bevorzugt. Doch diese Entscheidung braucht jetzt auch noch die politische Legitimation im Landrat und allenfalls auch noch durch eine Volksabstimmung.

Einstandortlösung überzeugt nicht

Eine IG Zukunft Kantonsspital mit verschiedenen Parteixponent:innen fordert eine Einstandortlösung in Pratteln («Salina Raurica»). Diese

Forderung ist politisch einfach, aber sachlich nicht tragfähig. Der Standort ist ungenügend erschlossen, die Umsetzung komplex und mit erheblichen Risiken verbunden. Die vertieften Abklärungen zeigen klar: Die Variante ist fehleranfällig, teuer und kommt zu spät.

Fachleute erwarten einen weiteren Marktanteilsverlust für das KSBL mit direkten Folgen für Betrieb und Versorgung. Gleichzeitig liegen die Investitionskosten rund 290 Millionen Franken höher als bei der Zweistandortlösung. Der Zeitplan spricht ebenfalls gegen diese Option: Eine Realisierung wäre frühestens in den 2040er-Jahren möglich. Wer dies als gleichwertige Alternative darstellt, blendet zentrale Fakten aus.

Jetzt braucht es Planungssicherheit

Die SP Baselland hat sich bereits im letzten Jahr festgelegt. Nach eingehender Analyse der zur Diskussion gestellten Varianten und der Erarbeitung eines entsprechenden Positionspapiers hat sich die SP-Basis an einem Parteitag im Herbst 2025 klar für die Zweistandortlösung ausgesprochen. Die Weiterentwicklung der beiden Standorte Liestal und Bruderholz in Verbindung mit einer verstärkten Ambulantisierung sichert die Spitalversorgung für die ganze Bevölkerung am besten.

Nun darf keine weitere wertvolle Zeit mehr verloren gehen. Denn je länger das KSBL keine Planungssicherheit hat, desto länger bleibt auch die aktuelle Unsicherheit bei Personal und Betrieb bestehen. Auch das dringend notwendige Ergebnisverbesserungsprogramm, das aktuell erste Erfolge zeigt, könnte durch eine erneute politische Blockade gefährdet oder zumindest verzögert werden. Die SP fordert deshalb einen zeitnahen Entscheid und eine möglichst rasche Weiterentwicklung der beiden Standorte Liestal und Bruderholz.



Der Standort Bruderholz des Kantonsspitals Baselland.



Kein Turbo und kein Joggeli – Dank an Eric Nussbaumer



Peter Schmid,
ehem. Regierungsrat

Das Etikett, das Eric Nussbaumer oft umgehängt wurde, lautete: EU-Turbo! Was ist ein Turbo? Ein Wirbel, ein Sturm, ein Wirbelsturm! Das alles ist Eric nicht. Wenn schon, dann würde «Turbine» besser zum Elektroingenieur und Energiepolitiker passen.

Was viele an Eric schätzen, ist die Gelassenheit. Die permanente Aufgeregtheit, im Politikbetrieb reichlich vertreten, ist nicht sein Ding. In seinem berühmten Aufsatz «Politik als Beruf» zitiert Max Weber den Philosophen Georg Simmel. Simmel spricht angesichts dieser ständigen Hektik von «steriler Aufgeregtheit». Erics lautstarkes «Hallo» kürzlich in der «Arena» an die Adresse eines unflätigen Polit-Schnösels zeigte uns aber auch, dass selbst seine Gelassenheit nachvollziehbare Grenzen kennt.

Aber Max Weber hat er gelebt und vorgelebt: «Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich.» Dazu wäre wohl noch der Frohsinn zu nennen.

«Zuerst bin ich Mensch»

Wir kennen die vielfältige politische Laufbahn von Eric. Wir würdigen die damit verbundene Arbeit dankbar. Die SP Baselland hätte ihn gerne als Regierungsrat oder Ständerat gesehen. Das Erfüllen eines anspruchsvollen Amtes fordert einen

Menschen stark, das Verkräften von Niederlagen ist auch nicht ohne.

In seinem Interview vom 6. März in der BZ sagte Eric den Satz: «Zuerst bin ich Mensch.» Dem Menschen, dem Freund, dem Menschenfreund, dem Genossen gilt unser Dank. «Man muss die Menschen gernhaben», so lautet seine Devise. Sie hebt sich wohltuend ab von einer Politik, die Menschen aufgrund ihrer Herkunft oder ihrer Lebenslage verächtlich macht.

Nochmals zurück zum Interview in der BZ (6.3.26): In diesem lesenswerten Text erfahren die Lesenden viel über den politischen Menschen und den menschlichen Politiker Eric Nussbaumer. Der wegweisende Kernsatz: «Ich bin kein Instagram-Joggeli.» Der Satz gab mir zu denken: Muss ich wohl heimlich meinen Account löschen?

Der praktische Utopist

Das Interview ist hohe Schule. Seine Antworten präzisieren gekonnt die Fragen des Journalisten. Seine Aussage über das vorherrschende «Denken in Kampagnen», das auch die SP erfasse, finde ich bedenkenswert. Kampagnen eröffnen den politischen Prozess und dürfen nicht mit konkretem und wirkungsvollem Handeln verwechselt werden. Kampagnen sprechen ein Thema an, sind aber noch nicht die Lösung.

Ist Eric ein Pragmatiker? Ich denke nicht. Pragmatiker stellen das Handeln über die Theorie. So sehe ich ihn nicht. Seine sozialdemokratischen Grundwerte stehen nicht ständig zur Debatte. Er wollte, dass heute lebende Menschen in ihrer Lebenswirklichkeit etwas von sozialdemokratischer Politik spüren. Eric ist ein praktischer Utopist. Die Wurzeln im religiösen Sozialismus sind offenkundig.

Die SP Baselland dankt Eric von Herzen für seine langjährige fundierte politische Arbeit. Wir gönnen ihm eine Pause und freuen uns danach auf das weitere gemeinsame Tun.

«Dem Menschen, dem Freund, dem Menschenfreund, dem Genossen gilt unser Dank.»

Aus dem Landrat

Schluss mit Abbau auf Vorrat!



Ronja Jansen,
Landrätin SP Baselland

Manchmal sagen Zahlen mehr als tausend Worte: Nachdem Finanzdirektor Lauber auch im letzten Jahr nicht müde wurde, vor der miserablen Finanzlage im Baselbiet zu warnen, zeigt die Jahresrechnung 2025 ein anderes Bild.

Statt des angekündigten Defizits präsentiert die Rechnung einen Überschuss von 42 Millionen Franken – 107 Millionen besser als budgetiert. Die Verschuldung ist so tief wie seit über zehn Jahren nicht mehr und das Eigenkapital auf Rekordhöhe. Viel Rauch, aber kein Feuer. Und man fragt sich unweigerlich: Sind die wiederholten massiven Verrechner das Resultat von schlechtem Handwerk, Zufall oder Strategie?

Die Reaktion des Regierungsrats deuten auf Letzteres: Ginge es nur um einen unglücklichen Budgetfehler, müsste die erneute positive Rechnung spätestens jetzt zu einer Kurskorrektur führen. Das schmerzhaftes Abbaupaket

würde abgeblasen, auf die Sparübungen bei Bildung, Gesundheit und im Sozialbereich würde verzichtet. Doch nichts dergleichen ist passiert. Trotz der Realität der Zahlen lassen sich Lauber und seine rechtsbürgerlichen Verbündeten nicht vom eingeschlagenen Weg abbringen. Weiter wird stur am gebetsmühlenartig wiederholten Narrativ festgehalten: Der Abbau sei unumgänglich, Investitionen in Bildung, Klimaschutz und bessere soziale Absicherung könnten wir uns nicht leisten.

Unter dem Vorwand des Sparzwangs wird weiter abgebaut, nur um damit den Weg für weitere Steuersenkungen für Vermögende zu bereiten. Ein Spiel,

das wir im Baselbiet nur zu gut kennen.

Preis des Abbaus sichtbar

Die Rechnung verdeutlicht dabei, wie tief wir uns bereits in der Negativspirale befinden: Im letzten Jahr konnten 88 Vollzeitstellen nicht besetzt werden, und Investitionen in der Höhe von rund 198 Millionen Franken wurden nicht realisiert. Nach unzähligen Abbaumassnahmen auf dem Buckel des Personals verliert der Kanton zunehmend seine Attraktivität als Arbeitgeber, insbesondere wenn es um hochqualifiziertes Personal bei Projektleitungen geht. Der Abbau verselbständigt sich. Höchste Zeit für den Griff zur Handbremse.

Es braucht einen Kurswechsel, und zwar jetzt. Schluss mit Abbau auf Vorrat. Für ein Baselbiet, welches das Wohl der Menschen ins Zentrum stellt und in die eigene Zukunft investiert.

Aus dem Grossen Rat

Fair Pay für professionelle Kulturschaffende

Bei der Kulturförderung geht es um deutlich mehr als um die Förderung von Institutionen und von Veranstaltungen. Kunst und Kultur sind notwendig für eine funktionierende Demokratie: Sie stärken den sozialen Zusammenhalt und unsere Fähigkeit, uns als Gesellschaft zu verstehen und zu hinterfragen. Das funktioniert jedoch nur, wenn professionelle Kulturschaffende ihre Arbeit ausüben können, ohne sich Sorgen um ihre Lebenshaltungskosten wie beispielsweise Miete oder Krankenkasse machen zu müssen.

Für uns ist klar: Es braucht eine angemessene finanzielle und soziale Absicherung von



Julia Baumgartner, Grossrätin
und Präsidentin SP BS

Kulturschaffenden. Der Kanton Basel-Stadt trägt dafür eine Verantwortung: Wenn der Kanton Gelder in diese Bereich spricht, dann muss dies unter der Bedingung geschehen, dass Kulturschaffende auch anständig und fair entschädigt werden.

Im neuen Kulturleitbild, das der Regierungsrat im vergangenen Herbst präsentiert hat, ist Fair Pay auch ein zentraler Punkt. Der Vorstoss, der im Grossen Rat eine Mehrheit gefunden hat, fordert nun den Regierungsrat auf zu prüfen, wie Fair Pay in Basel-Stadt konkret umgesetzt werden kann – mit drei zentralen Aufträgen:

1. Freischaffende Künstler:innen müssen nach den Empfehlungen ihrer Berufsverbände entschädigt werden. Diese Verpflichtung soll in die Leistungsvereinbarungen aufgenommen werden.

2. Bei direkt geförderten Projekten sollen Honorare nach Branchenstandards budgetiert, im Förderprozess geprüft und transparent ausgewiesen werden.
3. Der Regierungsrat muss aufzeigen, welche zusätzlichen Mittel nötig sind, um Fair Pay umzusetzen, ohne die Fördervielfalt zu gefährden.

Natürlich kostet die Förderung der sozialen Sicherheit von Kulturschaffenden etwas. Das ist aber auch richtig so: Für kulturelle Arbeit sollten die gleichen Rahmenbedingungen gelten wie für jede andere Erwerbsarbeit auch.